

## **Beitrag Reinhard Jung zum Erörterungstermin zum Braukohle-Planentwurf Welzow-Süd II am 11. Dezember 2013 in Cottbus**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als landwirtschaftliche Berufsvertretung haben wir eine Einwendung abgegeben, ich fasse den Inhalt nochmal kurz zusammen: Der Planentwurf Welzow-Süd II verletzt die Grundrechte auf Freizügigkeit und Eigentum, er blockiert die vor zweieinhalb Jahren über alle Parteien hinweg einvernehmlich beschlossene Energiewende und er beschädigt nachhaltig die wirtschaftlichen Ressourcen dieser Region.

Auf diesen letzten Punkt will ich mich heute konzentrieren, zumal viele andere Aspekte, die uns wichtig sind, auch von anderen Einwendern vertreten werden. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Ressourcen der betroffenen Region allerdings sind wir Bauern natürlich Experten und können etwas zur Diskussion beitragen. Ich zitiere aus unserer Einwendung: "Die im Planentwurf vorgesehene Vernichtung von rund 1.800 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche bedeutet eine erhebliche Schädigung der regionalen Wirtschaftsstruktur auf unabsehbare Zeit. Der rein zahlenmäßige Vergleich der in Landwirtschaft und Kleingewerbe beseitigten und der damit in der Energiewirtschaft bis 2042 gesicherten Arbeitsplätze verbietet sich schon deshalb, weil auf den vom Tagebau hinterlassenen Wüstungen eine rentable Land- und Forstwirtschaft für Jahrtausende nicht mehr möglich sein wird und ökonomisch tragfähige Alternativen nicht in Sicht sind."

Die Verfasser dieses Planentwurfs haben offensichtlich ein Denken verinnerlicht, in dem der Landwirtschaft nur eine geringe Bedeutung für das Wohlergehen der Volkswirtschaft beigemessen wird. Dieses Denken ist aber ebenso von gestern wie die Energiepolitik, die dem Planentwurf zugrunde liegt. Spätestens seit 2007 ist bekannt, dass durch energetische Nutzung und Veränderung der Ernährungsgewohnheiten in den Schwellenländern die Nachfrage schneller wächst als die

Erträge steigen. Das heißt die Erträge steigen eigentlich kaum noch, während gleichzeitig die Anbaufläche weltweit zwar ausgedehnt wird, aber insbesondere in den klimatisch begünstigten Hohertragsregionen immer weiter schrumpft. Was steigt, sind die Preise – für Agrarrohstoffe, leider auch für Boden. Was bei Ihnen offenbar noch nicht angekommen ist: Mit Landwirtschaft wird wieder Geld verdient, die Aussichten sind gut, der Bedarf an Agrarrohstoffen wächst. Landwirtschaft ist eine Schlüsselbranche der Zukunft – und Sie vernichten die Produktionsgrundlage Boden in Größenordnungen, als hätte sich die Welt um Sie herum überhaupt nicht verändert seit dem Untergang des Sozialismus.

Ich möchte Ihnen das an einem ganz einfachen Zahlenbeispiel verdeutlichen: Auf einem Hektar dreschen wir etwa 50 Dezitonnen Roggen, das mal 20 Euro macht einen Erlös von ungefähr 1000 Euro pro Hektar. Nach dem Planentwurf sollen rund 1000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche abgebaggert werden, macht 1 Million Euro pro Jahr. Und jetzt können Sie sich aussuchen, wie lange es braucht, bis auf den unfruchtbaren Kippen wieder so etwas wie Boden entsteht. Die Böden, die Sie abbaggern wollen, sind jedenfalls 12.000 Jahre alt – so lange ist die letzte Eiszeit vorbei, die alles hin und hergeschoben hat. Ich komme Ihnen jetzt mal ganz weit entgegen und setze hochoptimistisch nur 1.000 Jahre an. Dann vernichten Sie hier immer noch – das bitte ich festzuhalten – ein Ertragspotential von 1 Milliarde Euro. Was gewinnen Sie? Dem Planentwurf zufolge wollen Sie in Welzow-Süd II 200 Millionen Tonnen Braunkohle fördern. Die Tonne Rohbraunkohle, so nass wie sie aus der Erde kommt, kostet 5 Euro, und mit 200 Millionen mal 5 Euro haben wir wiederum ein Ertragspotential von 1 Milliarde Euro. Nun können Sie natürlich sagen, sie veredeln die Braunkohle ja und vermarkten sie – das allerdings könnten wir mit dem Roggen genauso machen und sind dann mit Käsebrötchen oder Biogasstrom bei einem Vielfachen an Wertschöpfung. Aber Roggen und Braunkohle für Veredelung und Vermarktung kann man theoretisch auch von woanders beziehen, der Vergleich verbietet sich also. Wir reden über den reinen Rohstoffwert, so wie wir ihn vom Acker bzw. aus der Erde holen, und da liegen wir bei 1 Milliarde gegen 1 Milliarde. Können die Verfasser dieses Planentwurfs überhaupt rechnen?

Dass sich das Ganze betriebswirtschaftlich rechnet für Vattenfall, stelle ich gar nicht in Frage. Aber bei einem Raumordnungsverfahren geht es doch hoffentlich um eine volkswirtschaftliche Betrachtung, oder sollte ich mich da irren?

Ich sage nochmal in aller Deutlichkeit: Die Kippen, die Sie uns nach dem Tagebau hinterlassen, sind kein Boden im landwirtschaftlichen Sinne, sondern Unland. Alle typischen Merkmale von Boden, eine dichte mineralische Struktur mit Humusanteil und Verbindung zum Grundwasser, fehlen komplett. Erträge, die den Aufwand der Bewirtschaftung rechtfertigen, sind von solchen Flächen nicht zu erwarten. Eine Wirtschaftlichkeit ergibt sich derzeit ausschließlich aus der Kombination von sehr niedrigem Pachtzins und vollen Agrarsubventionen. Würden die Agrarsubventionen wegfallen, wären die Kippen selbst ohne Pachtzins nicht mehr bewirtschaftungswürdig. Denkbar wäre höchstens extrem extensive Tierhaltung vom Helikopter aus wie in der australischen Halbwüste. Der Helikopter wäre ohnehin das Produktionsmittel der Wahl, weil es auf absehbare Zeit lebensgefährlich ist, die Flächen zu betreten. Meines Wissens sind derzeit mehr als zwei Drittel der Kippen wegen Rutschungsgefahr gesperrt.

Das kriegen wir alles in Griff, sagen die Rekultivierer, genauso wie sie die braune Spree in Griff kriegen. Fakt ist nur: Gar nichts ist im Griff. Roggen oder auch nur Kiefern wachsen nun mal nicht davon, dass irgendwelche Ingenieure Planflächen hell- oder dunkelgrün ausmalen. Dass wir jedes Jahr säen und ernten können, ist und bleibt ein Wunder, das wir dankbar bewahren sollten statt es zu zerstören. Denn zerstören, soviel steht fest, kann man es nur einmal. Danach kann man auf ein neues Wunder hoffen, aber diese vage Hoffnung ist sicher kein Gegenstand mehr für ein Raumordnungsverfahren. Wenn der Tagebau durch ist, können Sie die Flächen nur noch absperren und abwarten. Warten, dass irgendwann doch Vegetation kommt und wieder vergeht und dabei Humus entsteht. Warten, dass der Wasserhaushalt sich irgendwann stabilisiert. Das geschieht vielleicht in 1000 Jahren, vielleicht in 10.000 Jahren. Wir haben ja Kippen genug, warten wirs ab.

Nun komme ich noch zum Kreisbauernverband, der ja offensichtlich eine andere fachliche Einschätzung hat als wir. Nach der Lesart des Kreisbauernverbandes sind Kippenflächen als Boden im landwirtschaftlichen Sinne anzusehen. Das erstaunt doch sehr, dass die Vertreter zweier landwirtschaftlicher Verbände so unterschiedliche Auffassungen vertreten. Ich will versuchen, dafür Verständnis zu wecken. Sie erinnern sich, dass eine Wirtschaftlichkeit von Kippenflächen derzeit durchaus möglich ist bei sehr niedrigem Pachtzins und vollen Agrarsubventionen. Nehmen wir mal an, da bleiben pro Hektar 200 Euro zwischen Daumen und Zeigefinger übrig und nehmen wir weiterhin an, jemand bekommt nur 100 Hektar davon gepachtet, dann sind das schonmal 20.000 Euro leicht verdientes Geld. Vielleicht können Sie morgen die Vertreter des Kreisbauernverbandes mal dazu fragen, wie viele Hektare sie von Vattenfall gepachtet haben und zu welchem Pachtzins, dann können Sie die fachliche Qualität dieser Einschätzung realistisch bewerten.

Der Tagesordnungspunkt lautet "Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe". Meine Antwort darauf ist: Wo die Produktionsgrundlage Boden vernichtet wird, gibt es keine Landwirtschaft mehr, insofern kann auch nicht von Existenzsicherung gesprochen werden. Was Sie hier planen, ist Existenzvernichtung in großem Stil. Natürlich können Sie die materielle Existenz der Eigentümer der Landwirtschaftsbetriebe sichern, indem Sie ihnen woanders neue Landwirtschaftsbetriebe kaufen. Ihr Problem ist nur, dass die betroffenen Landwirte ihre Betriebe nicht verkaufen wollen. Damit fehlt dem Braunkohleplan schlicht die Geschäftsgrundlage.

Der Bauernbund Brandenburg lehnt den Planentwurf Welzow-Süd II ab und appelliert an die gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, das Verfahren einzustellen, um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Region zu ermöglichen.